

Tagesfragen.

Chequers und die Reparationsfrage.

In Deutschland hätte man es gewiß allgemein lieber gesehen, wenn der Besuch in Chequers Anfang Mai, also vor der Tagung des Völkerbundes, erfolgen würde. Mit einigem Mißbehagen stellt man fest, daß sich jetzt die Pariser Presse über die Verschiebung des Termins der Zusammenkunft der deutschen mit den englischen Staatsmännern sehr freut. Man kennt ja die Motive dieser Freude und kann leider auch heute noch fast tagtäglich beobachten, daß Befriedigung und Unzufriedenheit in Paris immer noch auf im wesentlichen gleichen Ursachen zurückgehen wie vor dem Locarno-Pakt und den anderen Bemühungen um die Entgiftung der deutsch-französischen Atmosphäre. Aber man hat in Deutschland, bevor etwas von der Einleitung an Brünning und Curtius bekannt war, für die Verhandlungen in Genf keine Hoffnungen auf eine englische Mission gegenüber Frankreich gesetzt, und so ist einfach in dieser Hinsicht die Situation wieder die gleiche wie zu Anfang der Woche, d. h. daß Deutschland mit Ruhe und Festigkeit seine Vorbereitungen für die Ratstagung trifft und dort, von keinem vorher geschlossenen Kompromiß beschwert, seinen wohlüberlegten Standpunkt namentlich in der Zollfrage vertritt. Für die Gespräche im Park und am Ramin von Chequers bleibt immer noch genug Stoff übrig, und zwar doch noch erheblich wichtiger als er auf der Tagesordnung der Ratstagung steht, als Zollfrage und Abrüstung. Der Reichsfinanzminister und der Reichsaussenminister werden in der Unterhaltung mit MacDonald und Henderson nicht umhin können, auf die mit den allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten aufs engste zusammenhängende Reparationsfrage zu sprechen zu kommen. Und diese Frage ist doch ohne Zweifel für Deutschland und Europa von weit größerem Belang als alle anderen Probleme, die in der internationalen Politik eine Rolle spielen. Man sieht gegenwärtig in vielen Buchhandlungen das von ein paar Wochen her angekündigte Buch des früheren Reichsfinanzpräsidenten Dr. Schacht „Das Ende der Reparationen“ ausgelegt. Dieses Buch (Verlag Georg Stalling, Oldenburg i. O., Preis RM. 6,20) ist nicht nur für Deutschland geschrieben, sondern es ist der internationalen Öffentlichkeit unterbreitet worden und verdient gerade auch ihre besondere Beachtung. Es enthält gewiß eine scharfe Kritik an den Forderungen der deutschen Politik, und von den Parteien kommt die Sozialdemokratie sehr leicht weg, aber weit wichtiger ist doch seine eigentliche Aufgabe, nämlich darzulegen, daß bei Nichterfüllung gewisser Voraussetzungen durch die empfangsberechtigten Länder das Ende der Reparationen bald gekommen sein wird. Der große Vorzug dieses Reparationskritik eines Mannes, der seit den Tagen der Inflation, seit dem ersten Zusammenstoß des Dawes-Komitees bis zur Annahme des Haager Schlußprotokolls sieben Jahre lang im Mittelpunkt der Reparations-Ereignisse gestanden hat, ist die Anschaulichkeit und Einfachheit, mit der die schwierigen Fragen erörtert werden, die mit unseren Tributzahlungen zusammenhängen. Darum weisen wir gerade jetzt, wo Aussicht auf eine erste Aussprache zwischen den politischen Führern der Schuldner- und einer sehr maßgeblichen Gläubigermacht besteht, auf dieses Buch hin, mögen einzelne seiner Teile auch in der Kritik aus dem Bedürfnis der eigenen Rechtfertigung zu weit gehen oder Ansichten enthalten, die mit dem früher von dem Verfasser eingenommenen Standpunkt schlecht zu vereinbaren sind, so z. B. daß er jetzt im Gegensatz zu seiner 1929 vertretenen Auffassung eine gründliche Reform unfer öffentlichen Finanzwesens nicht mehr für vorzuziehend ansieht. Das Ausland hat allen Anlaß besonders den beiden Kapiteln „Der Widerstand der Reparationen“ und „Drückung oder Chaos“ Beachtung zu schenken. Mit Nachdruck betont Schacht im letztgenannten Kapitel, daß Deutschland seit 12 Jahren nicht imstande gewesen ist, auch nur einen einzigen Pfennig der zwei Milliarden Reichsmark jährlich betragenden Reparationslast aus eigenem volkswirtschaftlichen Erwerb aufzubringen. Schacht fordert einen deutschen Mut zur Initiative in der Richtung auf Wiederaufnahme des Reparationsverfahrens. Da die im Young-Plan ausgedungene Mitwirkung der übrigen Länder bei der deutschen Reparationsleistung — nämlich durch Vermittlung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel — nicht erfolgt sei, ja sogar oerweigert werde, so sei damit das Ende der Reparationen gekommen. Wir sollten darum die Einhaltung der im Young-Plan vorgesehenen Verpflichtungen der anderen Länder verlangen oder aber die Reparationszahlungen einstellen. Ein Mann, auf dessen Schultern keine politische Verantwortung mehr lastet, kann freilich solche ein Entweder-Oder verhältnismäßig leicht aussprechen. Die vorstehende Vorbereitung der Reparationsrevision, wie sie von dem Kabinett Brünning nicht zum wenigsten unter dem Einbruch der Erfahrungen bei den Verhandlungen um die Revision des Dawes-Planes betrieben wird, scheint uns denn doch zweideutiger zu sein, soviel auch die Argumentation Schachts an sich für sich hat. Daß die Unterhaltung in Chequers eine schnelle Wendung in der Reparationsfrage zur Folge haben könnte, darf man natürlich nicht annehmen; aber es dürfte schon nicht wenig gewonnen sein, wenn das internationale Reparationsgespräch nach dem deutschen Besuch in

224 000 Arbeitslose weniger.

Die Arbeitsmarktlage im Reich.

✓ Berlin, 9. April.
In dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 31. März 1931 heißt es:
Die der Jahreszeit entsprechende Auflockerung am Arbeitsmarkt, die im vorigen Berichtabschnitt noch durch die ungünstige Witterung aufgehalten worden war, hat in der zweiten Hälfte des Monats März, obwohl die Witterung noch hart winterlichen Charakter hatte, fühlbar eingelegt.

Nicht nur die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung hat um über 210 000 abgenommen, sondern auch die Zahl der Arbeitslosen insgesamt ist um rund 224 000 zurückgegangen.
Demnach wurden unter den am 31. März bei den Arbeitsämtern vorgemerkten verfügbaren Arbeitsuchenden rund 4 756 000 Arbeitslose gezählt.

Von der Entlastung gegenüber Mitte März entfallen etwa zwei Drittel auf die Saisonarbeitskräfte, der Rest auf die übrigen Berufsgruppen. Die Arbeitslosenversicherung war am 31. März noch mit rund 2 316 000 Hauptunterstützungsempfängern belastet. In der Krisenfürsorge ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger zurückgegangen. Sie betrug am 31. März auf rund 923 000, d. h. rund 26 000 weniger als am letzten Stichtag.

An der günstigeren Entwicklung des Arbeitsmarktes sind alle Bezirke, wenn auch in verschiedenem Ausmaße, beteiligt, und zwar am günstigsten im Verhältnis zum Stand von Mitte März die Bezirke Brandenburg, Nordmark, Niedersachsen und Südwestdeutschland, verhältnismäßig ungünstig dagegen Ostpreußen, Westfalen und Sachsen. Die Besserung des Beschäftigungsgrades beschränkt sich zurzeit im wesentlichen noch auf diejenigen Berufsgruppen, deren Arbeitsplätze infolge der besseren Witterung wieder befreit werden konnten. So haben namentlich die Arbeiter in der Landwirtschaft etwas lebhafter, wenn auch nicht im Ausmaße des Vorjahres, eingelegt. Im Baugewerbe sind Fach- und Hilfsarbeiter zur Fertigstellung vorjähriger Bauten eingestellt worden, während vom Beginn neuer Bauvorhaben noch kaum die Rede ist. Mehrfach sind Steinbrüche und Zementwerke wieder in Betrieb gesetzt worden, während bei den Ziegeleien mit Rücksicht auf hohe Lagerbestände die Frühjahrsarbeit meist nur sehr zögernd einsetzt. Eine leichte Besserung überwiegt im Zusammenhang mit dem Baumarkt hat auch der Arbeitsmarkt in der Sägewerkindustrie, in der Bauhilfsindustrie, in der Möbelindustrie und für die ungelerten Lohnarbeiter erfahren.
Die seit Mitte Februar anhaltende Besserung des Beschäftigungsgrades in einigen Verbrauchsgüterindustrien

hat im wesentlichen auch in der zweiten Märzhälfte sich fortgesetzt. Das gilt von der Kleider- und Wäscheindustrie, von der Mähneindustrie sowie schließlich vom Tabakgewerbe. Eine gewisse Belebung, die nach wie vor jedoch erhebliche bezirgliche Unterschiede aufweist, ist auch weiterhin in der Spinnstoffindustrie zu erkennen.

In der Schwerindustrie verzögert der Arbeitsmarkt weiterhin in einem Zustand der Depression. Im Ruhrkohlenbergbau wurden nicht unerhebliche Entlassungen durchgeführt. Das gleiche ist in geringerem Maße im Braunkohlenbergbau erfolgt.

Die Metallverarbeitung hat, abgesehen von der Kraftfahrzeug- und Gasradindustrie, im allgemeinen keine Besserung zu verzeichnen. In einzelnen Bezirken, wie Rheinland und Hessen, wurde der Arbeitsmarkt zwar etwas kühler entlastet, in anderen jedoch setzte sich der Rückgang der Beschäftigung noch weiter fort.

In der Seeschifffahrt, vor allem des Bezirks Nordmark, hat die Belebung weiter angehalten. Der Umsatzt termin brachte zum erstenmal seit dem Kriege größere Anforderungen von Transportarbeitern. Im übrigen war die Arbeitsmarktlage im Verkehrsgewerbe wenig günstig, in der Binnenverkehr infolge Mangels an Ladung eher wieder rückläufig.

Die Wohlfahrtserwerbslosen in Preußen.

✓ Berlin, 9. April.

Ueber die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in den verschiedenen Größtenklassen der preussischen Gemeinden berichtet das Preussische Statistische Landesamt, daß von den Ende Februar 1931 für das Staatsgebiet ermittelten 685 108 Wohlfahrtserwerbslosen 444 000 auf Großstädte, 144 000 auf Gemeinden mit 25 000 bis 100 000 Einwohnern, 20,7 v. H. auf Gemeinden mit 2000 bis 25 000 Einwohnern und 10,5 v. H. auf Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern entfallen. Die Entwicklung von September 1930 bis Februar 1931 zeigt ein fortwährendes Anwachsen der Zahlen ausnahmslos in allen Größtenklassen, doch macht sich der Zuwachs an Wohlfahrtserwerbslosen desto stärker bemerkbar, je kleiner die Gemeinden sind. Er beträgt bei den Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern 30,4 v. H. und steigt bis zu den kleinsten Gemeinden auf 136,5 v. H. an.

In den Städten wurden 81,8 v. H. und zwar in freisicheren 68 v. H., freisicheren 13,8 v. H. und in den Gemeinden 18,2 v. H. aller Wohlfahrtserwerbslosen gezählt. Unter den Großstädten haben Breslau, die hessisch-nassauischen Städte Wiesbaden, Kassel und Frankfurt a. Main, ferner Duisburg-Hamborn die höchsten Wohlfahrtserwerbslosenziffern im Verhältnis zur Einwohnerzahl aufzuweisen.

licht auf den Defizitstatus erkennen, mit denen im Industriegebiet eine Stadt nach der anderen einen vorläufigen Ausweg aus der verzweifeltsten Lage sucht. Und auch die Gemeinden, die wie in Westdeutschland u. a. Dorsten, Gladbeck, Bottrop, Gelsenkirchen und Duisburg und im Osten Breslau und Ratibor aus dem 75 Millionen-Fonds des preussischen Innenministers Zuschüsse für das verfallene Hausjahrsjahr bekommen haben, werden, so sehr sie sich über die Beihilfe gefreut haben mögen, mit anderen, die früher in ihrer Notlage vergeblich auf die offene Hand Severings ihre Sehnsucht gerichtet haben, darin übereinstimmen, daß die organische Hilfe, die Städtebau und Städtebund fordern, den unter der Hand gegebenen Zuschüssen vorzuziehen ist und daß nur diese organische Hilfe den Grundlage staatlicher Gerechtigkeit entspricht. Ein Fonds von 75 Millionen Mark reicht allerdings dafür nicht im entferntesten aus, zumal ja auch nicht nur Städte- und Landgemeinden, sondern auch viele Kreise in arger Verdrückung sind. Weder Gemeinden noch Kreise aber dürften es für richtig halten, dem Vorbild zu folgen, das der Rat der Stadt Leipzig durch seine prozentigen Abbau der Unterstützungssätze in der Wohlfahrts- und Krisenfürsorge gegeben hat. Für Leipzig ergibt sich allerdings aus der Durchführung dieser Maßnahme eine monatliche Ersparnis von 400 000 Mark. Aber was fangen die armen Teufel an, denen man die zehn Prozent nimmt? Oder wird die Erwerbslosigkeit dort so glänzend bezahlt, daß der Abzug erträglich wäre? Immerhin ist dieser fürsorgeabbau neben dem Defizit, mit dem auch Leipzig in das neue Rechnungsjahr eintritt, eine so drastische Maßnahme, wie sie kaum stärker zur Erzeugung allgemeinen Aufmerksams gedacht werden kann. Zur Nachahmung kann man sie freilich nicht empfehlen. Der Rücken so bedürftiger Leute, wie es die Waise der Wohlfahrtserwerbslosen ist, eignet sich nicht zu einer finanzpolitischen Demonstration.

Thüringen am Scheidewege.

✓ Weimar, 9. April.

Die Beratungen des Landtagspräsidenten von Thüringen, aus Landvolkspartei, Wirtschaftspartei und Nationalsozialisten zu bilden, die auf einer Seite von der Deutschen Volkspartei, auf der anderen von den Nationalsozialisten geführt werde, und von den Sozialdemokraten völlig unabhängig arbeiten sollte, scheinen zu scheitern. Die nationalsozialistischen Abgeordneten Sander und Marzinger fordern eine Zusammenlegung der Regierung auf Grund der Wahlergebnisse vom 14. September 1930 und verlangen eine Wiederwahl der ehemaligen nationalsozialistischen Regierungsglieder Dr. Fried und Staatsrat Marzinger. Wie aus den Kreisen der Rechtsparteien berichtet wird, ist ein Teil von ihnen bereit, diese nationalsozialistische Forderung zu unterstützen.

Die Deutsche Volkspartei gegen neues Zusammengehen mit den Nationalsozialisten.

✓ Weimar, 9. April.

Die Deutsche Volkspartei lehnte in den heute nachmittag fortgesetzten Verhandlungen über die Regierungsbildung in Thüringen den Vorschlag der Nationalsozialisten, mit ihnen gemeinsam wieder eine Regierung auf der Grundlage der alten Koalition mit der Deutschen Volkspartei, Wirtschaftspartei, Landvolkspartei, Deutschnationalen und Nationalsozialisten zu bilden, ab. Morgen nachmittag wird nun in neuen Verhandlungen die Frage zu klären sein, ob eine Ministerregierung der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und des Landvolkes gebildet werden soll.

nach der finanziellen Seite hin in Angriff genommen werden. Unter dieses Gebiet fällt auch die Krisen- und die Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge. Die von uns wiederholt behandelten Vorschläge des Deutschen Städtebundes werden zweifellos mit in die Erörterungen einbezogen werden, die zu einer Reform des Arbeitslosenversicherungswesens führen sollen. Wie notwendig diese Reform ist, kann man mit aller Deut-

dem Landhause der englischen Premierminister endlich lebhafter in Fuß läme, als es jetzt der Fall ist, wo im Auslande geradezu eine ängstliche Scheu selbst im Kreise der dazu berufenen Finanzfachverständigen davon besteht, diese fihelge Angelegenheit mit Ernst anzupacken.

Das Arbeits- losenproblem.

Wie uns von Berlin gemeldet wird, soll heute das Teilgutachten veröffentlicht werden, das die unter dem Vorsitz des früheren Reichsarbeitsministers Dr. Brauns eingeleitete Gutachterkommission zu dem Thema erstattet hat. Die Hauptgrundzüge sind ja bereits bekanntgegeben worden; das Gutachten enthält aber in seinen Einzelheiten noch sehr viel interessantes Material, so vor allem über die Auswirkungen, die von der Verschärfung des Doppelverdienstes und der Verfürgung der Arbeitszeit erwartet werden. Durch die Regelung des ersten genannten Problems glaubt man im Laufe der Zeit über 800 000 Arbeitslose wieder in den Arbeitsprozeß einleiten zu können. Erheblicher noch ist die Zahl, die bei der Verfürgung der Arbeitszeit herauskommen dürfte. Die Schätzungen maßgebender Stellen weichen stark voneinander ab. Am optimistischsten sind offenbar die des Instituts für Konjunkturforschung, das bei reiflicher Durchführung der Maßnahmen mit 14 Millionen rechnet, am niedrigsten die des Reichsarbeitsministeriums, das die Zahl auf etwa 600 000 veranschlagt. Das Gutachten der Brauns-Kommission macht sich die Berechnung der Reichsanstalt für Arbeitslosen-Verfürgung zu eigen, die auf 750 000 hinausläuft. Zusammen würde also durch die geplanten Maßnahmen auf diesen beiden Gebieten immerhin eine Verringerung der Arbeitslosigkeit um eine Million Personen zu erwarten sein. Das ist doch sehr viel mehr, als man in der Öffentlichkeit bisher geglaubt hatte. Die Brauns-Kommission wird ihre Arbeiten in der nächsten Zeit sehr energig fortsetzen. Sie wird in der kommenden Woche wieder zusammentreten, um zunächst das Problem der Arbeitsbeschaffung zu beraten. Sobald das Gutachten hierüber fertiggestellt ist, soll die Frage der Sicherung der Arbeitslosenfürsorge

Wie friedliebend ist doch Frankreich!

Doumergue für erneut Mißtrauen gegen Deutschland.

✓ Paris, 9. April.

Der Präsident der Republik hielt in Kizza bei einem Empfang, der anlässlich seines Besuches von den Behörden veranstaltet wurde, eine Rede, in deren Verlauf er auf politische Fragen einging.

Der französische Patriotismus, so führte er aus, sei nicht aggressiv. Er sei für niemanden gefährlich. Er strebe nicht danach, Frankreich über alle Länder emporzuheben und den anderen Ländern die Hegemonie Frankreichs auszuüben. Er wolle Frankreich nur den Platz sichern, auf den es ein Anrecht habe. Er wolle die Unabhängigkeit Frankreichs aufrechterhalten, auf die es nicht verzichten könne. Doumergue erinnerte an die Ereignisse von 1914, wo Frankreich trotz der großen Gefahr seine Truppen 10 km hinter die Grenze zurückgezogen habe. Ebenso habe in der Nachkriegszeit die französische Regierung darauf verzichtet, gewisse Rechte in Anwendung zu bringen, die ihr die Verträge zugesprochen hätten. Auch habe Frankreich keine Rückversicherungen seit einigen Jahren durchgeführt und die um so mehr anerkannt werden müßten, als Frankreich sehr hart unter dem Kriege gelitten habe. Dieser Krieg, der den Wert des Friedens erst in ein richtiges Licht stelle, habe Frankreich aber auch die Erfahrungen eingebracht, daß es keinen dauerhaften Frieden geben könne ohne die Sicherheit der Grenzen. Die französische Regierung sei daher im Recht, solange diese Sicherheit selbst zu verwalten, wie der Völkerbund über seine Mit-

tätmacht verfüge, die es ihm erlaube, seine Entschlüsse denjenigen aufzuzwingen, die sich ihnen nicht freiwillig beugen. (Und wo ist das gleiche Recht für Deutschland? Die Red.) In dieser Annahme werde Frankreich noch bestärkt, weil es sich plötzlich einem unvorhergesehenen Ereignis gegenüber sehe, dessen Bedeutung in der Gegenwart und dessen Folgen für die Zukunft nicht verkannt werden dürften, weil die Geschichte des Landes, in dem dieses Ereignis eingetreten sei, einen Präzedenzfall aufweise, der sehr reich sei und den zu verzeihen gefährlich wäre. Frankreich brauche nur sich vom gefunden Menschenverstand leiten lassen, und dieser gesunde Menschenverstand ihm zweierlei an: 1. Ueber den guten Zustand der Finanzen zu wachen, 2. sich von dem Gedanken leiten zu lassen, daß ein Land, solange es keine starke internationale Streitmacht gebe, nicht zulassen dürfe, daß man seine eigene materielle Streikraft unter das Niveau herabsenke, das die Sicherheit und Unantastbarkeit des Landes erfordere. Die jetzt lebenden Generationen trügen vor den künftigen Generationen die Verantwortung hierfür.

Die Rede ein außenpolitisches Zukunftsprogramm.

✓ Paris, 9. April.

Die ganz unerwartete politische Rede des sonst zu rückhaltenden Präsidenten der Republik findet hier um so härtere Beachtung, als man darin tatsächlich eine Art „Vermächtnis an die Nation“ er-

wurden.
brüft.

arbeiten wieder
er die Wäsche
werden zu ver-
genug aner-
lungen so über
Jedem Her-
gen nur warm
erbar gehalten.
straße 13.
Frau Nippa.

an Bronchial-
um Herbst zum
rend genannter
welche ich an-
g, aber keine
in Leiden be-
Lobendes vom
nahm drei
r. Jetzt habe
r, fühle mich
heilt. Ich
aus wärm-
zu Auskünften

elm Zehres.

Haut-
hoiden,

MEN

Erde grünt, ist und bleibt
kauf Vertrauenssache!
von mir persönlich aus-
serten (2022g)

Blumensamen.

HNEN, Nobelstr.

anhandlung für Gartenbau
Bocholt und Umgegend.

ACHEN

ir den täglichen
bedarf schnell u.
relativ durch

emming,
alschulstraße 14
Telephon Nr. 3054

Stamper
Bocholt
Stamper

licht baldigem Eintritt
Prüfungswerkzeuge
Bocholt als
Kraft als
eter

Für den dortigen Be-
reit i. Westf.

ragende Kräfte resp.
in Frage kommen-
langjährig belien
mit dauerndem Be-
Erfolge nachweisen
sicheres Angebot mit
unabhängigen an die
an-Bocher-Co. H. G.
Bochen. (20461)

2-3 Zimmer

zu vermieten.
Königsgrabenweg 8.

st. In politischen Kreisen wird hinzugefügt, daß diese Rundgebung von höchster Stelle zweifellos nicht spontan erfolgte, sondern das Ergebnis eingehender Besprechungen im Schöße der Regierung gewesen sei. Man habe diese Gelegenheit wahrgenommen, um die Haltung der französischen Außenpolitik in Gegenwart und Zukunft noch einmal autorita-

tiv festzulegen. In diesem Licht gewinnen die Versicherungen Doumergues zur Abrüstungsfrage höchste Bedeutung. In die nächste Sprache des Mittags überlegt, bedeuten seine Ausführungen über die Rolle der Militärmacht Frankreichs ein unumwundenes Bekenntnis zur bisherigen französischen Sicherheitspolitik und gegen die Abrüstung.

Der innenpolitische Kampf.

Das Volksbegehren.

Von unserer Berliner Redaktion.

2. Berlin, 9. April. (Drahtb.).

Der politische Kalender verzeichnet offiziell Ferien. Tatsächlich stehen wir jedoch mitten drin in schweren politischen Kämpfen, die an Schärfe von Tag zu Tag zunehmen. Die politischen Vorgänge, wie die deutsch-österreichische Zollunion und die Einleitung der deutschen Staatsmänner nach England, werden an sich schon genügen, um den politischen Tagesbedarf auszufüllen. Daneben aber tumort es noch stark im innenpolitischen Leben, wozu auch der kulturelle Kampf gehört. Die Freidenker der schärferen kommunistischen und der mehr verbindlichen, aber ebenso gefährlichen marxistischen Richtung rühren die Wertbetrachtung gegen Christentum und Kirche. Im Vordergrund des politischen Geschehens steht jedoch das Stahlhelmvolksbegehren, für das jetzt die Listen aufgelegt sind. Bei der ganzen Agitation für das Volksbegehren zeigt sich, daß die Notverordnung des Reichspräsidenten notwendig gewesen ist. Die Agitation wird nämlich in äußerster scharfer Form geführt. Ständen die Bestimmungen der Notverordnung nicht hindernd im Wege, so wären die Kampfmethoden wahrscheinlich von der allerbilligsten Sorte.

Das Volksbegehren geht zwar vom Stahlhelm aus, in Wirklichkeit aber führt sich Eugen Berg als Generalstabschef der ganzen politischen Bewegung. Erst jetzt hat er wieder einen in scharfen Worten gehaltenen Aufruf gegen die „schwarz-rote Kräntheit“ erlassen, worin er neben den Sozialdemokraten besonders dem Zentrum die heftigsten Vorwürfe macht. Sehr bedauerlich ist es, daß sich die im Reich rechts vom Zentrum stehenden Gruppen, die die Politik des Reichstagspräsidenten unterstützen, beim Volksbegehren auf die Seite der sogenannten nationalen Opposition stellen. Es handelt sich um die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, die Landvolkspartei, die Christlich-sozialen und die Konservativen. Zu all den Sorgen, die der Reichsregierung das Leben schwer machen, kommt daher auch noch die Aufgabe, auf die Haltung der genannten fünf Parteien genau zu achten, damit sie nicht eines Tages sich von der bisherigen Reichstagsmehrheit lösen. Wenn in politischen Kreisen der Vermutung Ausdruck gegeben wird, die fünf Parteien hätten sich lediglich für das Volksbegehren ausgesprochen, weil sie an keinen Erfolg glaubten, so wird dies kein Grund sein, die Aufmerksamkeit außer Acht zu lassen.

Verhältnismäßig schwach haben sich bisher die Nationalsozialisten für das Volksbegehren eingestellt. Am Donnerstag wurde aber von der Münchener Parteileitung doch noch offiziell die Parole für die Teilnahme der nationalsozialistischen Partei „gegen die rote und schwarze Welt“ (!) ausgegeben. Die inneren Parteizwistigkeiten werden jedoch die von den Nationalsozialisten erwartete Unterstützung erheblich dämpfen. Es ist nämlich nicht so, wie es bisher von Hitler hingestellt wurde. Die Tatsachen reden eine etwas andere Sprache. Nach den Meldungen der nationalsozialistischen Parteileitung hätte man annehmen sollen, der „Rebell“ Stennes stehe mit wenigen seiner Getreuen allein auf weiter Flur. Es zeigt sich jedoch, daß immer weitere Scharen zu ihm stoßen. Auch mit dem Berliner Gauleiter Dr. Goebbels scheint nicht alles in Ordnung zu sein. So verläutet, daß Hitler den

Reichstagsabgeordneten Brüning mit der Untersuchung gegen Dr. Goebbels beauftragt habe. Ein Bericht Brünings sei bereits nach München abgegangen. In diesem Bericht sollen angeblich die schwersten Vorwürfe gegen Goebbels erhoben werden, der nach Aussagen Hitler treuer S.M. Leute keine Gelegenheit habe vorübergehen lassen, um die Autorität Hitlers in Berlin zu unterminieren.

Stennes gründet eine eigene Zeitung

Von unserer Berliner Redaktion.

2. Berlin, 9. April. (Drahtb.).

Die Situation im Lager der Nationalsozialisten hat sich, wie das „Berliner Tageblatt“ erfahren haben will, in den letzten 24 Stunden erheblich verändert. Obgleich Hauptmann Stennes im Augenblick nur ein provisorisches Quartier hat, ist er jetzt so weit, daß er sein eigenes Organ erscheinen lassen kann. Die Zeitung, die ursprünglich „Die Nation“ heißen sollte, wird jetzt den Titel: „Arbeiter, Bauern, Soldaten!“ führen. Der Zugang, den Stennes aus dem Hitlerlager erhält, dauert noch immer an. In Brandenburg an der Havel haben sich von 430 S.M. Leuten, die an einer Versammlung teilnahmen, 400 für Stennes erklärt. In Breslau haben sich 1500 Mann für den von Hitler aus der Partei ausgeschlossenen Gauleiter Kremer, einen als guter Redner bekannten Parteigänger von Stennes, erklärt. Im „Ost-Deut.“-Bezirk (dem Stennes früher vorstand) sind bis gestern Abend rund 1400 Personen aus der Partei ausgeschlossen worden. Nach einer Meldung aus München soll Dr. Goebbels an Grippe erkrankt sein.

Braunhemdenverbot auch in Westfalen.

Das gleiche Verbot des Tragens der nationalsozialistischen Uniformen und Bundeskleidungen, das in der Rheinprovinz erlassen worden ist, ist jetzt auch u. a. von den Oberpräsidenten der Provinzen Westfalen und Oberschlesien erlassen worden. Zu solcher Uniform oder Bundesstrasse gehören alle Gegenstände, die dazu bestimmt oder geeignet sind, abweichend von der üblichen bürgerlichen Kleidung die Zugehörigkeit zu den genannten Organisationen äußerlich zu kennzeichnen. Zuwiderhandlungen werden nach der Notverordnung mit Gefängnis nicht unter einem Monat, wenn mildernde Umstände vorhanden sind, mit Geldstrafe bestraft, sofern nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer höheren Strafe bedroht ist.

Ein gefälschtes Flugblatt.

2. Berlin, 9. April.

In verschiedenen Teilen Preußens wird gegenwärtig in der Agitation für das Volksbegehren des Stahlhelms ein Flugblatt verbreitet, in dem im Wortlaut ein angeblicher Aufruf des Rats der Volksbeauftragten vom 9. Oktober 1918 „An Alle!“ wiedergegeben wird. Dieser Aufruf wendet sich an die „Arbeiter! Soldaten! Bauern!“ und ist in 19 Punkte gegliedert. Wie der amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, stellt dieser Aufruf des Rats der Volksbeauftragten nach einer Erklärung des Reichsinnenministeriums vom 21. Februar 1920 „eine ungewöhnlich plumpe Fälschung“ dar. Am 9. November 1918 gab es einen Rat der Volksbeauftragten noch nicht. Der erste von ihm bekanntgegebene Aufruf datiert vom 12. November 1918 und hat ganz anderen Inhalt.

Zollunion und Abrüstung.

Frankreichs Erwartungen für Genf.

2. Paris, 9. April.

In der gesamten französischen Presse wird der gestrigen Unterredung zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Laval und dem Außenminister Briand große Bedeutung beigegeben.

Eingehendere Angaben als die übrigen Blätter macht „Echo de Paris“, das sich mit ihr besonders ausführlich beschäftigt. Laval und Briand sollen, so wird ausgeführt, die jüngsten diplomatischen Ereignisse, namentlich die Flottenverhandlungen, das österreichisch-deutsche Abkommen und vor allem die Haltung erörtert haben, welche die französische Delegation in Genf in der Frage der österreichisch-deutschen Zollgemeinschaft einnehmen hätte. Briand habe nämlich den ersten Gang dieser Partie verloren und wolle jetzt versuchen, den Verlust durch die Vorbereitung wirtschaftlicher Organisationspläne wieder einzuholen, die seiner Ansicht nach das deutsch-österreichische Abkommen zum Scheitern bringen oder wenigstens in seinen gefährlichen Folgen einschränken sollen. Zu diesem Zweck würden Vertreter des Außen-, des Finanz-, des Landwirtschafts- und des Handelsministeriums in dieser Woche miteinander in Berührung kommen. Namentlich würde geprüft werden, ob Frankreich den Agrarländern Mittel- und Osteuropas Vorzugszölle bewilligen könne, auch wenn deshalb mit dem System der Meistbegünstigungsklausel gebrochen werden müßte. Der Gedanke, der engen österreichisch-deutschen Zollunion eine erweiterte entgegenzustellen, an der Frankreich teilnehmen würde, sei ein Rebellgebilde, das einer näheren Prüfung nicht standhalte. Letzterens böten die im Jahre 1926 ausgearbeiteten französischen Zolltarife Frankreich nicht mehr den nötigen Schutz. Anfang kommenden Woche würde die Zollpolitik Frankreichs endgültig festgelegt und amtlich bekanntgegeben werden.

Der Außenminister des „Matin“ Sauerwein schreibt: Das Interesse der europäischen Mächte am Abrüstungsproblem und den bevorstehenden Verhandlungen des Völkerbundes ist offenbar. Man darf nicht durch einen Mißerfolg der Sowjetpropaganda eine wirksame Stütze vermissen. Leider gehen die gleichen Mächte, die

durch dieses gemeinsame Interesse verbunden sind, in anderen Punkten nicht zusammen. So betrachten Deutschland und seine früheren Alliierten es als opportun, die durch die Verträge ihnen auferlegene militärische Lage abzuändern. Es ist ein guter Gedanke, mit den Deutschen zu verhandeln, um wenn möglich, einen folgenlosen Konflikt während der Konferenz selbst zu vermeiden oder wenigstens dessen Gefahr zu begrenzen. Aber wenn zwei große Länder sich über militärische Fragen zu unterhalten haben, dann sind das nicht England und Deutschland, sondern Frankreich und Deutschland. Frankreichs Interesse steht auf dem Spiele. Die Gründe hierfür gehen bei weitem über das Schicksal der englischen Arbeiterpartei bei den Wahlen hinaus. Unser Verhältnis zu Deutschland auf militärischem Gebiet ist ein höchst wichtiges Kapitel für unsere Sicherheit. Wäre es nicht besser, wenn die auf der Tagesordnung stehenden Fragen der Rüstungen zu Lande und in der Luft von deutschen und französischen Sachverständigen genauer geprüft werden?

Henderson über die Abrüstung.

2. London, 9. April.

Staatssekretär Henderson hielt gestern Abend in dem Londoner Vorort Heston eine Rede über die auswärtige Politik. Als er sein Amt übernommen habe, so führte er aus, sei er entschlossen gewesen, die ausgedehnte Arbeit, die MacDonald als Staatssekretär des Außenwesens vollbracht habe, fortzusetzen und die dem Volke gegebenen sehr bestimmten Versprechungen zu erfüllen. Wir richteten unsere Bemühungen darauf, einen künftigen Beitrag zur Festigung des Weltfriedens zu leisten und wir taten alles in unseren Kräften Ständes, wirksamere Beziehungen gegen den Krieg zu schaffen, als je gewesen waren. Wir befolgten die Völkerbundspolitik und sind entschlossen, alles in unserer Macht stehende zu tun, durch ein Abkommen zwischen den Nationen Abrüstung herbeizuführen. Heute sind wir dem Erfolge näher als je. Die Konferenz, die im Februar nächsten Jahres eröffnet wird, wird die größte Konferenz der Weltgeschichte sein. Ihr Zweck ist es, die Nationen gegenseitig davon zu überzeugen, daß Krieg die vernünftige und nützliche aller menschlichen Fortschritte ist und deshalb abgeschafft werden sollte. Dies kann allein durch eine Segensagung der Rechen der Seere oder durch die Herabsetzung auf das niedrigste mögliche Maß erreicht werden, das sich mit der nationalen Sicherheit vereinbaren läßt.

Der hinausgeschobene Besuch in Chequers

Befriedigung in Frankreich.

2. Paris, 9. April.

Die Presse gibt ihrer Befriedigung über die Verzögerung des deutschen Besuchs in London Ausdruck. Die meisten Blätter erklären, daß damit die deutsch-englische Aussprache an Bedeutung verliere. Einige andere befinden sich nicht desto weniger im Mißtrauen.

„Matin“ erklärt, es sei klar, daß nach Genf diese Begegnung keinen politischen Wert mehr habe. Wenn die Schilling und Curious in England einträfen, würden die Beziehungen, an die Frankreich denke, bereits gelähmt sein und die verantwortlichen Minister sämtlicher Großmächte in wünschenswerter Weise miteinander in Berührung kommen haben.

„Petit Parisien“ schreibt: Henderson könne seinen Platz im internationalen Atrium mit der ungetragenen Autorität eines unparteiischen Schiedsrichters einnehmen, der nicht vorher der Beiseitnahme der Urheber des Streits ein williges Ohr gelassen habe. In Berlin habe man sich von einer Begegnung zu Anfang Mai viel versprochen und gehofft, in Genf energischer auftreten zu können. Die Berliner Blätter, die diese Begegnung als einen Mißerfolg der Politik des Quai d'Orsay gefeiert hätten, hätten jetzt das Nachsehen. Der englische Außenminister habe schnell das „Manöver“ erkannt, in das die deutschen Staatsmänner ihn hätten hineinlocken wollen. Der deutsche Besuch Anfangs Juni bringe nicht mehr die gleichen Ungelegenheiten mit sich und man werde sich dann in Chequers vor allem mit der Abrüstungskonferenz beschäftigen, wie es ursprünglich vorgesehen war.

„Excelsior“ mißt der Begegnung in Chequers im Juni eine symbolische Bedeutung bei. Sie sei eine Geste, durch die England auf neue Weise seinen Willen betonen möchte, das Gleichgewicht zwischen Deutschland und Frankreich zu wahren.

Auch der „Figaro“ spricht von einem reinen Symbolgebot, zu dem die Reife der deutschen Staatsmänner werde, bedauert aber dennoch, daß England es für notwendig gehalten habe, diese Einladung überhaupt ergehen zu lassen.

„Echo de Paris“ ist nicht der Ansicht, daß der Anfang Juni stattfindende Besuch keine große Beachtung verdiene. Man dürfe nicht erwarten, daß die Genfer Debatte sämtliche aktuellen Probleme erschöpfe und es im Juni an objektiven politischen Rückschlüssen zwischen England und Deutschland fehle werde. Schon aus der englischen Einladung konnten Brüning und Curious mit gutem Recht die Schlussfolgerung ziehen, daß sie „ungekraft“ ihre verabschiedeten Forderungen vorbringen könnten. Sie betrachteten ja schon die Zustimmung Englands zum deutsch-österreichischen Wirtschaftsplan als erzielt. Der Augenblick dürfte gekommen sein, Brüning und Curious zu beweisen, daß das, was London ihnen bewilligt, ziemlich gebrechlich sei und auch MacDonald und Henderson müßte man

zeigen, daß sie ohne Frankreich auf dem Kontinent nichts Großes vornehmen könnten. Leider sei Briand nicht der Mann zu einer derartigen Aktion.

Die „Tribune Nouvelle“ will aus der Einstellung der deutschen Presse zur englischen Einladung, die als großer diplomatischer Sieg Deutschlands gefeiert worden sei, den letzten Schlus ziehen, daß die deutsch-österreichische Zollunion doch eine andere Bedeutung zu haben scheint als die, die Deutschland ihr zuschreibe.

Scharfe englische Mahnungen an Frankreich.

2. London, 9. April.

Wenig außerordentlich scharf wendet sich der englischen Regierung nachstehende „Daily Herald“ gegen die französischen Kommentare zu dem bevorstehenden Besuch des deutschen Reichstagspräsidenten und des deutschen Außenministers in London. Sie seien taffos und zeigten von schlechten Manieren. Es gehe wirklich zu weit, wenn die französische Presse die Einladung Hendersons an die deutschen Staatsmänner als unpassend bezeichne und wenn sie von einem Recht Frankreichs spräche, sich durch den Besuch der deutschen Herren beleidigt zu fühlen. Wenn Paris dauernd darauf bestünde, daß die englischen Beziehungen zu Frankreich viel intimer sein sollten als zu irgendeinem anderen Land und die Downingstreet nichts ohne die Zustimmung des Quai d'Orsay tun dürfe, so würden hierdurch die Ziele der englischen Politik zunichte gemacht. Die französischen Kommentare erzeugten in England ein Gefühl der Verzögerung, das den französischen Interessen wirklich nicht besonders förderlich sein könnte.

Auch der Pariser Berichterkollege der „Times“ kritisiert sehr scharf die gänzlich unnötige Verzögerung in Paris, meint aber, daß die europäischen Staatsleute dazu beitragen könnten, die französische öffentliche Meinung mit Ausnahme einiger extremer Elemente von der Tatsache zu überzeugen, daß sie lediglich eine Zusammenarbeit der europäischen Nationen wünschten.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ betont, daß Deutschland sich lediglich Grund zu Klagen über eine gewisse Zurückhaltung und die mannigfachen Auslassungen von internationalen Konferenzen habe. Englische Kreise seien aber der Ansicht, daß Deutschland herabgesetzt sei, zu verlangen, genau so behandelt zu werden wie andere Nationen. Die französischen Staatsleute hätten so oft Gelegenheit zu rein privatem Meinungsaustausch mit den Engländern gehabt, daß sie sich nicht zu ärgern brauchten, wenn England daselbst nun auch mit Führern anderer Nationen tue.

Besuch des Gouverneurs der Bank von England in Amerika.

2. London, 9. April.

Zu den Besprechungen des Gouverneurs der Bank von England, Montague Norman, in Amerika berichtet die „Globe Telegraph Company“, daß man in den amtlichen Kreisen sich über die zukünftige Stellungnahme gegenüber englischen und europäischen Angelegenheiten klar und eindeutig geworden sei, so daß hiermit in großen Zügen die Grundlagen für eine enge Zusammenarbeit gelegt seien, sobald sich die Gelegenheit hierzu biete. Dies könne man als ziemlich sicher annehmen, obwohl die amtlichen amerikanischen Kreise noch das Gerücht als falsch bezeichnet hätten, daß die Vorschläge zur Einberufung einer internationalen Konferenz über Reparationen, Zollfragen und interalliierte Schulden und mit ihnen im Zusammenhang stehende finanzielle und wirtschaftliche Fragen erzwungen hätten. Der Besuch Normans werde von einer bemerkenswerten Vertiefung des englisch-amerikanischen Einvernehmens in finanziellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten führen. In den amtlichen amerikanischen Kreisen leugne man nicht, daß Norman auf die günstigen Rückwirkungen einer geeigneten Finanzpolitik auf Mitteleuropa hingewiesen habe. Man glaube ferner, daß Norman die Möglichkeit erörtert habe, die Kriegsschuldenlast Deutschlands zu erleichtern, um hierdurch die Lage in Europa zu stabilisieren. Hierüber würde auch Amerika berührt werden, da die Schuldennationen möglicherweise von dem Recht eines zweijährigen Zahlungsaufschubs Gebrauch machen müßten. Beamte, die an den Sitzungen teilnahmen, hätten durchblicken lassen, daß Norman die Möglichkeit der Vorlage von endgültigen Beschlüssen angedeutet habe. Diese würden von den Konferenzen abhängen, die MacDonald über die europäische Lage haben werde. Ihnen würde dann vielleicht eine Zusammenkunft der Bankiers und der Vertreter der Finanzministerien folgen, um eine gemeinsame Aktion zu besprechen.

Thälmann Chef eines sowjetrussischen Kavallerie-Regiments.

2. Moskau (über Kowno), 8. April.

Die Militärkonferenz hat den Führer der RPD, Thälmann, wegen seiner Verdienste um die Weltrevolution zum Chef eines Kavallerie-Regiments ernannt. Das ist an den Operationen gegen China beteiligt. Thälmann hoch zu Ross mit Klempe und Sporen: Wir möchten ihn teilen lassen!

Sperrung der Häfen von Madeira.

2. O. Berlin, 9. April.

Die portugiesische Gefandtschaft teilt mit: Durch ein von der portugiesischen Regierung im „Staatsanzeiger“ vom 8. M. veröffentlichtes Dekret sind vom gleichen Datum ab die Häfen der Inselgruppe von Madeira für Schifffahrt und Handel gesperrt und jede Verbindung der Einwohner mit der Außenwelt verboten, abgesehen von dem vom Sonderdelegierten der Regierung anzuordnenden Notfall, daß Schiffe ein- oder ausfahren müssen, um fremden Staatsangehörigen Zuflucht zu geben, oder sie im Falle einer Evakuierung aufzunehmen. Das Dekret ordnet für den Fall der Verletzung der vorstehenden Bestimmungen ein Schnellverfahren vor dem Vorgesetzten der Gemeinde an, die an den militärischen Operationen teilnehmen, ebenso verhängt es eine besondere Strafe für den Handel mit Waffen oder Munition.

Portugiesische Truppen gehen zu den Aufständischen über.

2. London, 9. April.

Wie aus Madeira gemeldet wird, sind die Truppen, die vor einigen Tagen aus Portugal zur Unterdrückung des Aufstandes abgeordnet wurden, zu den Aufständischen übergegangen. Zwei portugiesische Transporthäfen und ein Kreuzer, die bereits als nach Madeira abgegangen gemeldet waren, befinden sich noch immer auf dem Tajo, da die portugiesische Regierung von der Zuverlässigkeit der Kommandanten anscheinend nicht reiflos überzeugt ist. — In Portugal wird die Zensur streng gehandhabt. Eine Privatmeldung aus Lissabon besagt, daß die Revolutionäre in Madeira mit Parteigängern in Portugal in Verbindung gestanden haben. Sie hätten an die Regierung ein Telegramm mit der Forderung gerichtet, die Diktatur sofort durch eine konstitutionelle Regierung zu ersetzen. Verschiedene Militärpersonen seien verhaftet worden. Die Lage in Portugal sei „nicht völlig ruhig“. Unvorhergesehene Ereignisse könnten jederzeit eintreten.

Explosion in einer Backstube.

Ein Toter.

2. Düsseldorf, 9. April.

Heute ereignete sich in einer an der Kaiserwerthstraße gelegenen Waffelbäckerei ein tödlicher Unglücksfall. Als der Hilfsarbeiter Johann Imkamp um 8,15 Uhr die Gaslampe eines im Backraum des Betriebes befindlichen Gasofens anzünden wollte, erfolgte eine starke Explosion. Der Gasbackofen wird während der Nacht durch eine kleine Gaslampe geheizt. Aus unbekannter Ursache ist vermutlich die Gaslampe gelöst worden, so daß das Gas ausströmte und den Raum anfüllte. Dieser Umstand ist vermutlich von dem Berührungsluft nicht wahrgenommen worden. Durch die Explosion wurde eine starke Beschädigung des Ofens hervorgerufen. Der Hilfsarbeiter wurde durch umherfliegende Mauerstücke am Kopf so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Von Nah und Fern.

Töblicher Abstieg im Berner Oberland.

(Schweiz, Berner Oberland), 9. April. Bei einem Stausflug, den eine Gesellschaft von Hotelgästen nach den Lauberhornhängen unternahm, fiel die 25 Jahre alte Engländerin M. H. Stad, die einzige Tochter des vor einigen Jahren in Meggen ermordeten Generalgouverneurs des Sudans, Sir Lee Olfner Stad, in voller Fahrt mit dem englischen Flieger R. H. Balfour zusammen. M. H. Stad erlitt einen tödlichen Schädelbruch. Balfour trug erhebliche Kopfverletzungen davon.

Handgranatzünder im Bett.

2. Polen, 9. April. Ein folgenschwerer Unfall ereignete sich in Kamplitz bei Kamplitz. Dort nahm das sechsährige Söhnchen eines Landwirts aus dem Glasthale einen als Kriegserinnerung aufbewahrten Zünder einer Handgranate mit ins Bett. Das Kind bohrte in der Nacht mit einem Nagel in den Zünder, der dadurch explodierte. Der Knabe wurde schwer verletzt und sofort ins Krankenhaus geschafft, wo ihm die linke Hand abgenommen werden mußte. Er hat außerdem das Augenlicht völlig verloren.

Gewaltiger Gasausbruch.

2. Butare, 9. April. In der Nähe von Moeti erfolgte aus einer 1800 m tiefen Grube ein außerordentlich starker Gasausbruch. Das Gefälle des Gasbruchs war 15 m weit zu hören. Die Gasmassen brennen nicht, gefährden aber die ganze Umgebung. Die Gemeinde Sanni wurde panikartig geräumt. Obwohl alle Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden sind, ist die Gefahr nicht behoben. Der Ausbruch dauert unermüdet fort.

Aufführ.

m. Bodoff, Weiterfüh. Einigen Jahren stand einer ein. Spielplan des. Stütz zu wieder. Schon ein gut. sich an ein folch. der Bühnenm. geringe Anforder. gab wurde glän. verhältnisse f. 3. Klaffige Bühne zu. emschlossen, sich. machen. Woch. hoffen steht, daß. Weichen Son. Uhr pünktlich. Raffelland des. A.

Verein für.

t. Bodoff, 10. Vorbereitung in. das Heim geöff. herzhlich eingeladen. auch zur gem. kl. Kirche. — Nächste. geht nicht das. tag 8 Uhr Wand. Weichen im J. Weichen im J. Weichen im J.

X. Bodoff, 9.

die Beobachtung. Stellen, an denen. Körper verlaufen. gegenwärtiger. Lokomotivführer. Signale zu beach. zum Wenden hin. sollte. Ebenfalls. meilen fällen m. zu erkennen. Graphen 17 Ziffer. geordnet. m. wirkende Schein. des Verkehrs erfor. durch hart wirts. blendet werden.

Angelschiffahrt.

5. Bodoff, 10. der 7 Uhr-Mess. munt!) Die 9. am Samstag. lene Verzögerung. Nach der Komm. Bohne zum Berei.

Arbeiterverein St. Paulus
Mitglied des Bühnenvolkbundes.

Gefängnis

Bühnendichtung von Velter.
Aufführung
am Weissen Sonntag, 8 Uhr.
Numerierte Plätze beim Kastellan
des Arbeiterheims. 3144B

Stadtverband für Leibesübungen.

Frühjahrs-Waldlauf

Start und Ziel am neuen Gymnasium
(Nordallee.)
H. Kampshoff
Obmann für Leichtathletik.

Deutscher Werkmeisterbund

(Sitz Essen) Ortsgruppe Bocholt.
Sonntag, den 12. April 1931, vorm. 10^{1/2} Uhr
Monatsversammlung
im Vereinslokal (Nienhaus). [3096a]
Zu zahlreichem Besuch ladet frdl. ein
Der Vorstand.
NB. 10 Uhr Vorstandssitzung.

Achtung! Achtung!



Das vollkommene Fahrrad

für Sie und Ihre Familie.

Ausgesuchte Qualität —
konkurrenzlose Preiswürdigkeit.

Opel-Fahrräder mit Ballon-
bereifung, verschromt,
Luxusräder, Tourenmaschinen,
Sportmaschinen.

Opel-Fahrräder von 75. — an
mit Torpedo-Freilauf.

Ein Preisausschreiben

für jedermann anlässlich d. internationalen
Opel-Deutschland-Rundfahrt. Preise:
1. Preis: 1 Opel-Cabriolet,
2. „ 1 Opel-Motorrad,
3. „ 1 Fichtel- und Sachs-Motor,
4. „ 1 Opel-Fahrrad nach Wahl,
14 Opel-Fahrräder und 50 Trostpreise.
Beantwortungskarten sind zu haben in der
Opel-Verkaufsstelle

Johann Telake, Ostwall.

Apollo-Theater

Eine ganz besondere Darbietung bringen wir
Innen. Nur 3 Tage! Samstag, Sonntag, Montag.

Ein packendes Erlebnis aus dem Weltkrieg

Der Deserteur von Arras.

Das spannende Schicksal eines fahnenflüchtigen ameri-
kanischen Soldaten in 8 Akten. Heimatlos geworden, sinkt er
hinab bis zum Verbrecher, um dann bei einem gefährlichen
Ausbruch aus dem Zuchthaus von den Kugeln seiner Verfolger
getroffen zusammenzubrechen.

In der Haupt- und Titelrolle: NORMANN KERRY.

Ferner: LUX, der König der Abenteuer, in



Pariser Unterwelt

Ein spannender Kriminal-Sensationsfilm aus der Unterwelt
der französischen Hauptstadt in 7 sensationellen Akten.
Carl Auen als Lux sorgt in seiner bekannten Weise für die
notigen Überraschungen und nötige Spannung. Außer Carl
Auen wirken mit Siegfried Berisch, Karl Platen, Kurt
Brenkendorf, Angelo Ferrari, Maria Foreca, Paul
Moleska, Hans Ritter, Carola Verdi, Ilse von Stratten,
Aruth Tartan u. a. m.

Sensationen! Spannung!
Im Beiprogramm das zweifaktige Lustspiel:
Willys Hochzeitstag [3125g]
und der Lehrfilm: Das Wesen der Homöopathie.

Nähmaschinen

Stetig ich bedeutend
billiger wie bau-
ererbende Agenten.

Reparaturen
fachgemäß sofort
unter Garantie.
Heinr. Rose, Nobelstr.

Kohlen und Rots

1a. Qualität,
zu billigen Preisen
frei Haus empfohlen

Johann Wilms,
Kaiser-Friedrich-Str.
Telefon 2124.

Schlafzimmer

Komplettes, neues
Schlafzimmer (3063
mit Sonnenpiegel,
Büchertisch mit
Marmor,
Matratzenauflagen,
wegen Geldmangel
für 495,— RM. zu
verkaufen.

Offerten erbeten unt.
Nr. 3063 an die Ge-
schäftsstelle ds. Bl.

Bücher für Untertertia

Sind für die Hälfte
des Anschaffungs-
preises abzugeben.
Näheres in der Ge-
schäftsstelle ds. Bl.

Freibant.

Freitagabendmittag
2^{1/2} Uhr ist [3098b]

Rindfleisch

zu haben.

Ziehhund

zu kaufen gesucht.
(2. Dogge, Rübe)
groß 1 bis 3 Jahre,
75 bis 80 cm. hoch.
Offerten mit Mindest-
preisangabe unter
Nr. 100 postlagernd
Südwest erbeten.

Ein schwarzbuntes,
1^{1/2} Jahre altes

Rind

zu verkaufen.
Näheres in der Ge-
schäftsstelle ds. Bl.

PREISWERTES ZUM SCHULANFANG

Schul-Sweater sehr solide Qualität, in
moderner Ausmusterung Gr. 3 Stück 3.75
Schul-Anzug gestrickt, sehr solide Qual.
Gr. 3 Stück 9.75 7.75
Knabenhosen Strapazier-Qualität, gestrickt
Stück 4.25 3.50

„Kübler“, unsere bekannte reinwollene Strick-
kleidung für die Schule in großer Auswahl.

Schulkleider
aus praktischen Tweedstoffen Stück 5.40 3.50
Schulmantel waschechter Trenchcoat mit
Lungenklappe, beige oder blau Stück 6.25
Schulschürzen Indanthren, Zeffir 1.30 0.95 0.55
Schulstrümpfe reine Wolle, schwarz Gr. 5 6
regulär gestrickt. . . . Paar 1.30 1.45
Schulstrümpfe
1 X 1 gestrickt, farbig. . . . Paar 60. 55
Knabensportstrümpfe
mellert, mit Laufmasche. . . . Paar 75. 70
Kindersöckchen
farbig mit buntem Wollrand. . . . Paar 55. 50

Freitag und Samstag von 4—5 Uhr
„Die billige Stunde“
mit den bekannten Sonderangeboten.

S.B. Löwenstein
Bocholt

Die modernen Damen- und Kinderhüte

finden Sie bei uns in enorm großer Auswahl
zu sehr niedrigen Preisen.

Damenhüte moderne Formen und Strohart
9.85 8.90 7.50 5.85 4.85 3.95 2.95

Kinderhüte 3.75 2.25 1.75 1.45

ALTHOFF

Achtung! Achtung! Schuhwaren-Ausverkauf

wegen Aufgabe des Lokals als Schuhgeschäft.

Mehrere 1000 Paar Schuhe aller Art stehen zum Verkauf.

Jetzt können Sie billig kaufen!

Jetzt müssen Sie kaufen!

Darum alle auf zum

Schuhhaus Böcker

am Gasthausplatz 3.

SAMEN

Worte: So lange die Erde grünt, ist und bleibt
der Sameneinkauf Vorwortswechsel!
Empfehle deshalb alle von mir persönlich aus-
probieren [3022g]

Feld-, Gemüse- u. Blumensamen.

Samenhaus BENNEN, Nobelstr.

Einzigste Spezial-Samenhandlung für Gartenbau
und Landwirtschaft in Bocholt und Umgegend.

Baugrundstücke.

Die an der Unteren Blumenstraße
begehrten Baugrundstücke zur Größe von 375
Quadrat, sind im ganzen oder in Partien
untergehandelt von mir zu kaufen.

Theodor Hidding,
Friedrichstr. 2a.

1 Wertstatt
mit elektr. Licht, für
jedes Unter-
nehmen geeignet, so-
fort zu vermieten.

Näheres in der Ge-
schäftsstelle ds. Bl.

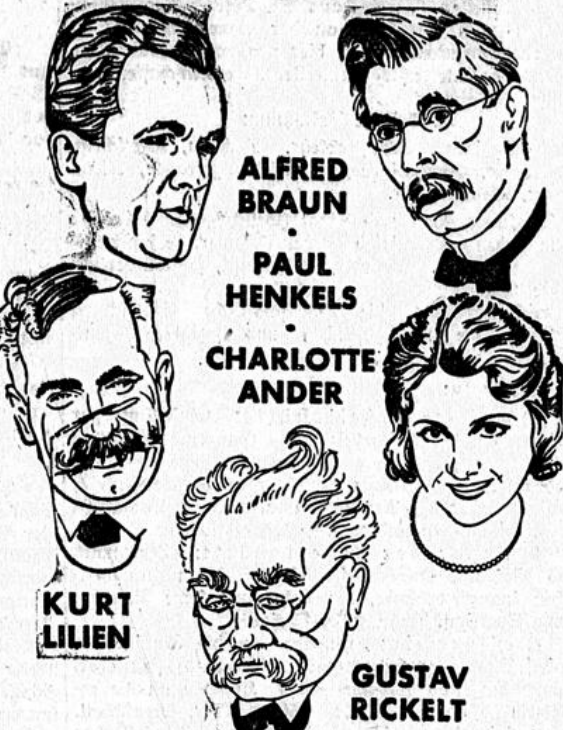
Geldhütens
oder Wohnhaus
mit Garten gegen
Bar zu kaufen gesucht.
Offerten erbeten unt.
Nr. 500 an die Ge-
schäftsstelle ds. Bl.

Capitol-Theater

Freitag - Samstag - Sonntag - Montag

Aufführung des neuen bei seiner Uraufführung
mit Begeisterung aufgenommenen deutschen

Ton- und Sprechfilms



FLACHSMANN ALS ERZIEHER

Ein Tonfilm nach der bekannten Komödie von Otto Ernst,
bei der jeder Satz ein Lacher ist, der aber auch aktuelle
Problematik mit fesselnder Spielhandlung aufweist.
Ein Sprechfilm, dessen tonliche Qualitäten auch
den verwöhnten Ansprüchen gerecht wird.

Dazu:

Ken Maynard, der tollkühne Cowboydarsteller, in:

Hände hoch!

Ein echter Wildwest-Sensationsfilm aus der Zeit der ersten
kalifornischen Goldfunde in 8 Akten. Der Kampf eines ein-
zelnen gegen eine ganze Bande von Banditen bildet den Höhe-
punkt dieser spannenden Handlung.

Außerdem das zweifaktige Lustspiel:

Zum blauen Vogel

und der Lehrfilm:

Wachspuppen.

Ferner die
tönende Ufa-Wochenschau. 3124

Zum Schulanfang!

Kinderschuhe, Turnschuhe
besonders billig im

Schuhhaus Rekers.

Freitag — Samstag — Montag

Drei Kinderschuhstage

mit 10 Prozent Rabatt

auf alle Kinderschuhe, trotz unserer bekannt billigen
Preise. Kommen Sie an diesen Extratagen zu uns,
Sie kaufen bei größter Auswahl gut u. preisvert.

Schuhhaus Rekers

Bocholt, Osterstr. 14.

10000-te Mütter...

haben ihre Lieben Kleinen im

PANTHER- KINDERWAGEN

gehoht, gepflegt u. groß gezogen
Kann Ihnen die Wahl für Ihr
Liebste schwer fallen?
Alle Modelle nehmen auf die
hygienisch. Bedürfnisse Rücksicht

PANTHER-WERKE A.-G., Braunschweig

Verkaufsstellen:

Clemens Kamperschroer,
Bocholt, Lothringstraße 20.

Heinrich Rose,
Bocholt, Nobelstraße.